

Die SPD-Fraktion erläutert ihren Antrag auf eine Gesundheitskarte für Flüchtlinge. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen schließt sich den Ausführungen der SPD-Fraktion an.

Die FDP-Fraktion bittet um Ausführungen seitens der Verwaltung, ob eine positive Entwicklung der Situation durch Einführung der Gesundheitskarte abzusehen ist.

Die Verwaltung hat bislang keine Vollkostenrechnung vorgenommen. Allerdings hat der Kreis klar dazu Stellung bezogen und festgesetzt, dass eine Einführung der Gesundheitskarte nur möglich ist, wenn sich alle Kommunen des Kreises beteiligen. Eine Erleichterung durch die Gesundheitskarte wird derzeit nicht gesehen.

Die CDU-Fraktion merkt an, dass die Gesundheitskarte in anderen Bundesländern vom Land getragen wird. In NRW ist es derzeit so, dass die Kosten die Kommune tragen muss und diese 200 Euro pro Flüchtling plus 10 Euro Verwaltungsgebühr betragen.

Die Verwaltung schlägt die Verweisung dieses Tagesordnungspunktes in den zuständigen Ausschuss für Soziales, Familie, Demografie und Integration vor.

Beschluss: Mehrheitlich
Ja-Stimmen 32 Enthaltungen 3